Monika Wienfort

Patrimonialgerichte in Preußen

Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht
1770–1848/49

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft

Band 148

Vandenhoeck & Ruprecht

≡book

Patrimonialgerichte in Preußen

Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht
1770–1848/49

von

Monika Wienfort

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Umschlagabbildung:
Lithographie von Honoré Daumier (1808–1879)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wienfort, Monika:

Patrimonialgerichte in Preußen : ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht
1770 – 1848/49 / von Monika Wienfort. –
Göttingen : Vandenhoeck und Ruprecht, 2001
(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft ; Bd. 148)
Zugl.: Bielefeld, Univ., Habil.-Schr., 1998
ISBN 3-525-35163-1

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

© 2001, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

<http://www.vandenhoeck-ruprecht.de>

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Printed in Germany.

Umschlag: Jürgen Kochinke, Holle.

Satz: Text & Form, Pohle.

Druck und Bindung: Gulde-Druck GmbH, Tübingen.
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

*Für Paul,
Nora und David*

Inhalt

Verzeichnis der Tabellen	9
Vorwort	11
Einleitung.....	13
1. Rechtsverständnis und Rechtsprechung in Preußen von ca. 1770 bis 1806	29
1.1. Prinzip oder Pragmatismus? Die Patrimonialgerichtsbarkeit im Kontext staatlicher Justizpolitik und bürgerlicher Adelskritik ..	30
1.2. Die Rechtsprechung in den gutsherrlichen Gerichtsbezirken	42
1.3. Patrimonialgerichte in der ländlichen Ökonomie	60
1.4. Patrimonialrichter im Ancien Régime	68
2. Die Patrimonialgerichtsbarkeit als Problem der preußischen Staatsbildung 1807–1847	79
2.1. Gescheiterte Reformpolitik: Der Widerstand der Gerichtsherren gegen eine umfassende Neuordnung	80
2.2. Erfolgreiche Verwaltung: Die wachsende Kontrolle der Justiz- behörde über die Gerichte	118
2.3. Patrimonialgerichtsbarkeit und Öffentlichkeit im Vormärz: Staatsouveränität oder Privateigentum? Eine justizpolitische Debatte	134
2.4. Ungleichheit, Disziplinierung und öffentliche Ordnung: Die gutsherrliche Polizeiverwaltung	164
3. Der Wandel der sozialen Beziehungen: Vom traditionellen Herrschaftsrecht zum privatrechtlichen Eigentum	184
3.1. Kosten und Profit: Die Ökonomie der Patrimonialgerichtsbarkeit	187

3.2. Das Eigentum in der ländlichen Gesellschaft: Konflikte und Delikte	213
3.3. Die Verdrängung der Frauen aus der Gerichtspraxis	234
3.4. Die Richter: Vom Privatangestellten zum Staatsbeamten?	248
4. Ländliche Rechtskultur im Vormärz	267
4.1. Die Ehre der Gerichtseingesessenen: Injurienprozesse, Körperstrafen und ländliche Gefängnisse	268
4.2. Die Akzeptanz der patrimonialrichterlichen Rechtsprechung und das bäuerliche Rechtsverständnis	286
4.3. Patrimonialjustiz in Raum und Zeit: Gerichtsstuben und Gerichtstage	300
4.4. Der Eid im patrimonialen Gerichtssystem	315
5. Das Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit in der Revolution 1848/49	322
5.1. Die Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit auf dem Verordnungswege	322
5.2. Die Debatte um die Patrimonialgerichtsbarkeit in den preußischen Kammern 1849–1851	336
5.3. Die Übernahme der Richter in den Staatsdienst und die neue Gerichtsverfassung	341
Zusammenfassung und Ausblick: Recht und Staat auf dem Lande in Preußen während des 19. Jahrhunderts	353
Anhang	365
Glossar	365
Abkürzungen	367
Quellen- und Literaturverzeichnis	368
Register	400

Verzeichnis der Tabellen

<i>Tabelle 1:</i>	Prozesse vor dem Gutsgericht Teusenthal 1777–1800	45
<i>Tabelle 2:</i>	Jurisdiktions-Einnahmen der Herrschaft Fürstenstein 1769/70–1803/04	61
<i>Tabelle 3:</i>	Verteilung der Patrimonialgerichtseingesessenen nach Oberlandesgerichtsbezirken 1837 und Größe der Gerichte ...	96
<i>Tabelle 4:</i>	Abtretungen von Gerichtsbarkeiten an den Staat 1815–1830	100
<i>Tabelle 5:</i>	Haltung der Gerichtsherren in Guhrau/Schlesien zum Reformplan 1847	111
<i>Tabelle 6:</i>	Haltung der Gerichtsherren in Liegnitz/Schlesien zum Reformplan 1847	111
<i>Tabelle 7:</i>	Gerichts- und Rügenstrafen Sonnewalde 1817, 1818, 1819 ...	172
<i>Tabelle 8:</i>	Polizeivergehen in Sommerschenburg 1838–1845	172
<i>Tabelle 9:</i>	Sozialstruktur der Einwohner des Gerichtsbezirks Sommerschenburg im März 1822	174
<i>Tabelle 10:</i>	Geldstrafen wegen Holzdiebstahls, Sonnewalde 1817	179
<i>Tabelle 11:</i>	Geschäftstätigkeit des Patrimonialgerichts Sommerschen- burg 1825–1846	189
<i>Tabelle 12:</i>	Geschäftsbereiche des Gerichts Sommerschenburg 1825–1846	190
<i>Tabelle 13:</i>	Zivilprozesse im Kammergerichtsbezirk 1812–1835	191
<i>Tabelle 14:</i>	Jurisdiktional-Einnahmen der Herrschaft Fürstenstein 1820–1846	191
<i>Tabelle 15:</i>	Beteiligung von Frauen an Gerichtsgeschäften in Sommerschenburg 1825–1840 (nach Geschäftsbereichen)	238
<i>Tabelle 16:</i>	Beteiligung von Frauen an Gerichtsgeschäften in Sommerschenburg 1825–1840	239
<i>Tabelle 17:</i>	Beteiligung von Frauen an Gerichtsgeschäften in Fürstenstein 1826–1846	239
<i>Tabelle 18:</i>	Etatmäßige Richter und Patrimonialrichter 1837 nach Oberlandesgerichtsbezirken	249
<i>Tabelle 19:</i>	Jahreseinkommen von Patrimonialrichtern ca. 1847	256
<i>Tabelle 20:</i>	Untersuchung wegen Amtsvergehen gegen königliche und private Richter in Preußen 1833–1842	258

Vorwort

Dieses Buch handelt vom Verhältnis von Staat und Recht in Preußen. Es handelt aber auch und vor allem von den Menschen, die innerhalb und außerhalb von Institutionen »Preußen« mit Leben erfüllten. Mein Dank gilt Reinhart Koselleck, der mein Interesse für die preußische Geschichte geweckt und mich ermutigt hat, mich einem Thema am Schnittpunkt von Rechts- und Sozialgeschichte zuzuwenden. Seine stets selbstverständlich gewährte Unterstützung – und Kritik – waren für dieses Vorhaben unverzichtbar.

Die vorliegende Studie wurde von der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld im Oktober 1998 als Habilitationsschrift angenommen und für den Druck überarbeitet. Sie entstand im durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Bielefelder Sonderforschungsbereich »Bürgertum«. Die DFG ermöglichte den Abschluß der Arbeit darüber hinaus durch die Gewährung eines Habilitandenstipendiums.

Ohne die detaillierten Hinweise von Hartmut Harnisch zu den Quellen in den »preußischen« Archiven wären die ersten Schritte wesentlich zögerlicher ausgefallen. Am Ende haben Ute Daniel, Gerd Schwerhoff und Charlotte Takke den zügigen Abschluß des Manuskripts gefordert und durch konstruktive Kritik unterstützt. Die Gutachter Heinz-Gerhard Haupt und Michael Stolleis sowie die Herausgeber der »Kritischen Studien«, besonders Hans-Ulrich Wehler und Helmut Berding, haben wichtige Anregungen für die Überarbeitung gegeben. Ihnen allen und darüber hinaus Ute Frevert, Peter Lundgreen, Thomas Sandkühler, Ute Sandkühler, Dirk Schumann und Klaus Tenfelde möchte ich danken. Schließlich sind meine Eltern stets zur Hilfe gekommen, wenn sie als Großeltern gebraucht wurden. Ohne ihre Unterstützung hätte dieses Buch nicht entstehen können. Nicht nur dafür danke ich ihnen sehr.

Bielefeld, im Juni 2001

Monika Wienfort

Einleitung

Die bekannteste literarische Bearbeitung einer Gerichtsszene im 19. Jahrhundert, Heinrich von Kleists »Zerbrochener Krug«, stellt mit einer im deutschen Sprachraum erst wieder von Theodor Fontane erreichten Virtuosität den Zusammenhang zwischen Sprache und Recht künstlerisch dar. Die Auseinandersetzung um den Krug, die zwischen den Parteien, Frau Marthe Rull und Ruprecht Tümpel, dem Verlobten ihrer Tochter Eve, noch mehr aber zwischen Dorfrichter Adam und Gerichtsrat Walter tobt, spielt zwar in den Niederlanden. Dennoch kann man vermuten, daß der aus dem märkischen Adel stammende Kleist Kenntnisse und Erfahrungen mit der Gerichtsverwaltung in seiner Heimat, dem ostelbischen Preußen, verarbeitet hat. Kleists Sprachkunstwerk, zwischen 1802 und 1806 entstanden, behandelt zahlreiche Themen aus der Gerichtsverwaltung, kann darüber hinaus aber auch zum Rechtsverständnis der Juristen und der ländlichen Bevölkerung befragt werden, zu Themen mithin, die in den folgenden Darlegungen zur preußischen Patrimonialgerichtsbarkeit leitmotivisch wiederkehren.

Kleists Komödie spielt am Gerichtstag, an dem Gerichtsrat Walter unangekündigt zur Visitation des Untergerichts erscheint. In der Konfrontation des Dorfrichters mit Gerichtsrat Walter geht es vor allem um die gegensätzlichen Auffassungen von Formalität und Verfahren, die in dem Wortwechsel gipfeln:

Dorfrichter Adam: »Befehlen euer Gnaden den Prozeß nach den Formalitäten, oder so, wie er in Huisum üblich ist, zu halten?«

Gerichtsrat Walter antwortet: »Nach den gesetzlichen Formalitäten, wie er in Huisum üblich ist, nicht anders.«¹

Richter Adam beruft sich bei seiner Rechtfertigung für das Nichtbeachten der Verfahrensvorschriften auf das Gewohnheitsrecht, das die Umständlichkeiten der gesetzlichen Vorgaben angeblich vermeiden hilft. Dagegen will das Obergericht »die Rechtspflege auf dem platten Lande verbessern«. Der Gerichtsrat bemängelt fehlende Förmlichkeit auch im Hinblick auf die Ehre des Gerichts, der ein unpünktlicher Sitzungsbeginn und die fehlende Perücke des Richters zum Nachteil gereichen. Adams Prozeßführung und die Verurteilung Ruprechts erfüllen den Tatbestand der Rechtsbeugung, müssen allerdings im Hin-

1 v. Kleist, *Der zerbrochene Krug*, Zeile 569/70.

blick auf die dramatische Handlung interpretiert werden, in welcher der Richter selbst gleichzeitig der Schuldige ist.²

Der »Zerbrochne Krug« spiegelt in vielerlei Hinsicht die Rechtswirklichkeit des beginnenden 19. Jahrhunderts, wie sie sich auch aus den Berichten der preußischen Justizbürokratie herauslesen läßt. Die Akten des Gerichts »liegen wie der Turm zu Babylon«, werden wohl auch einmal als Einwickelpapier für die Wurst mißbraucht. »Unordnung« und »Verworrenheit« in der Verwaltung des Einzelrichters gehen fließend in Veruntreuung über. Die Suspendierung des Richters bei erwiesenem Fehlverhalten entspricht der gängigen Praxis; wie häufig solches Fehlverhalten entdeckt wird, ist allerdings eine bereits von den Zeitgenossen kontrovers diskutierte Frage. Probleme des Beweisrechts und die Zuverlässigkeit von Zeugenaussagen, Faktoren also, die man der Rechtskultur oder dem Rechtsbewußtsein zuordnen könnte, spielen ebenfalls eine Rolle. Zumindest unterschwellig tritt ein Gegensatz zwischen Gewohnheitsrecht und Gesetzesrecht in Erscheinung. Aber der Konflikt bleibt nicht auf Justizbürokratie und Unterrichter beschränkt. In der ländlichen Bevölkerung treffen unterschiedliche, traditionelle und moderne Vorstellungen von Recht und Strafe aufeinander: Die Klägerin Marthe Rull spricht in ihrer Empörung von Scheiterhaufen, Peitsche und Pranger, von einer bloß finanziellen Entschädigung für den Verlust des Krugs will sie nichts wissen.³

Die meisten der von Kleist vorgestellten Probleme gehören, wenn auch nicht ausschließlich, zu einer Geschichte der Patrimonialgerichtsbarkeit in Preußen vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bis zur Revolution von 1848/49. Im »Zerbrochne Krug« ist allerdings von Patrimonialgerichten nicht die Rede. Dem Drama fehlt daher eine für das folgende zentrale Figur: der Gerichtsherr. Der private Besitz von Gerichtsrechten war in den deutschen Staaten im 18. Jahrhundert weit verbreitet. Die ostelbischen Gebiete kennzeichnete dabei ein weitgehendes Zusammenfallen von Gerichtsherrschaft und Grundherrschaft. In der Gutsherrschaft konzentrierten sich die Herrschaftsrechte in der Hand eines Landbesitzers, der in der Regel eine nicht unbeträchtliche Eigenwirtschaft betrieb.⁴

Im Königreich Preußen bildete die Patrimonialgerichtsbarkeit ein provinzielles Recht der Rittergutsbesitzer; als dingliches Recht hing sie am Boden und wurde mit ihm vererbt oder veräußert. Das Allgemeine Landrecht unterschied zwischen Besitzern, denen bloß die »Gerichtsbarkeit« verliehen war – das

2 Vgl. ebd., Zeile 297f.

3 Vgl. ebd., Zeilen 162; 215–19; 341. Der Konflikt zwischen gewohnheitsrechtlichen und gesetzesrechtlichen Einstellungen in der ländlichen Gesellschaft wird auch in Annette von Droste-Hülshoffs »Judenbuche« behandelt. Die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts spielende Geschichte bezieht sogar den Gutsherrn als Gerichtsherrn ein, enthält aber keine Gerichtsszene.

4 Zur Entstehung der Patrimonialgerichtsbarkeit in Ostelbien vgl. *Harnisch*, Gutsherrschaft. Als Überblick für die wichtigsten deutschen Staaten vgl. *Wienfort*, Rechtsverfassung.

meinte den Besitz der Zivilgerichtsbarkeit – und einer Verleihung sämtlicher Gerichte, was auch die Strafgerichtsbarkeit einschloß.⁵ Inhaltlich bedeutete der Gerichtsbesitz, daß die Prozesse der nicht eximierten Einwohner des Gerichtsbezirks in der ersten Instanz vor diesen Gerichten geführt wurden. Das betraf überall in Preußen die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, also die Beurkundung von Verträgen, die Aufnahme von Testamenten oder Vormundschaftsangelegenheiten. Die Kompetenz der Privatgerichte erstreckte sich daneben auf streitige Zivilprozesse. Die Zuständigkeit für die Kriminalgerichtsbarkeit in weniger schweren Fällen – für Kapitalverbrechen lag sie bereits im 18. Jahrhundert ausschließlich bei königlichen Gerichten – gestaltete sich seit 1815 von Provinz zu Provinz unterschiedlich. Grob gesprochen wurde die Kriminalgerichtsbarkeit in den westlichen Landesteilen, in Westfalen und in Sachsen, aufgehoben, in den ostelbischen Provinzen Pommern und Preußen, Brandenburg und Schlesien blieb sie denjenigen Gütern erhalten, die sie bereits im 18. Jahrhundert besessen hatten. Im Rheinland und in der Provinz Posen gab es nach 1815 überhaupt keine Patrimonialgerichte.⁶

Nach einer Übersicht des Justizministeriums standen 1837 3,28 Millionen Einwohner unter 6.597 Patrimonialgerichten, das waren ca. 23,9% von 13,8 Millionen Einwohnern einschließlich der Rheinprovinz, 28,4% der Einwohner ohne diese.⁷ Allerdings sahen die Zahlen von Oberlandesgerichtsbezirk zu Oberlandesgerichtsbezirk völlig unterschiedlich aus. An der Spitze stand der Bezirk Glogau, in dem 65% der Einwohner Patrimonialgerichten unterstanden; es folgten Ratibor und Breslau mit 64 bzw. 58% der Einwohner. Nirgendwo hatte die Patrimonialgerichtsbarkeit eine größere quantitative Bedeutung als in der Provinz Schlesien. Im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt/Oder unterstanden 38% der Einwohner Patrimonialgerichten, im Kammergerichtsbezirk 27%. In der Provinz Sachsen variierte der Anteil ebenfalls stark: Während im Bezirk Halberstadt nur 9% der Einwohner vor Patrimonialgerichten Recht nehmen mußten, waren es in Naumburg 34%.

Diese Zahlen sowie die Quellenlage lassen für die folgende Untersuchung die Konzentration auf einzelne preußische Provinzen gerechtfertigt erscheinen. In Schlesien blieb die Patrimonialgerichtsbarkeit bis zur Revolution schon rein quantitativ von zentraler Bedeutung. In Brandenburg befand sich im Vormärz die Hochburg konservativ-ständischer Politik, in der die Verteidigung gutsherrlicher Rechte eine wichtige Rolle spielte. Daneben wurde Sachsen für eine nähere Betrachtung ausgewählt, da die Kriminalgerichtsbarkeit in diesem

5 Vgl. *Hattenhauer*, Allgemeines Landrecht, Zweiter Teil, Siebzehnter Titel, Erster Abschnitt, »Von der Gerichtsbarkeit«, S. 620–624.

6 Vgl. *Starke*, Justizverfassung, Teil 1, S. 111f.

7 Zahlen nach ebd., Bd. 2/2, Justizverwaltungsstatistik. Vgl. *Blasius*, Gesellschaft, S. 25; *Kosel-
leck*, Preußen, S. 674f.

Gebiet bereits im 18. Jahrhundert bedeutungslos geworden war. Hier läßt sich daher die Praxis der auf Zivilprozesse konzentrierten Gerichte gut verfolgen.

Der Mythos der Patrimonialgerichtsbarkeit als Unterdrückungsinstrument ist in der Historiographie bis heute wirksam. Dieser lebt vor allem von einer scharfen Entgegensetzung zwischen den Privatgerichten als feudalen Institutionen, die in erster Linie den Gutsherren nutzten, einerseits und dem staatlichen Gerichtsmonopol andererseits, das zumindest im liberal-konstitutionellen Verfassungsverständnis als Garantie der Rechtsgleichheit firmiert. Im folgenden soll gezeigt werden, daß sich diese Dichotomie vor allem aus der Perspektive der Rechtswirklichkeit kaum aufrechterhalten läßt. Die Verflechtungen zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Guts- und Gerichtsbesitz waren bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eng. Traditionelle, adelsdominierte Elemente der Gerichtsverwaltung traten gleichzeitig, unter wechselseitiger Einflußnahme, mit modernen Rechts- und Verwaltungsprinzipien auf. Der Weg von der Stände- zur Klassengesellschaft, läßt sich zusammenfassen, zeigt sich im Spiegel der Patrimonialgerichtsbarkeit weniger gradlinig, als eine bloße Aufzählung abgebauter Privilegien manchmal unterstellt.

Von einem quantitativ bedeutsamen Rückgang der Patrimonialgerichtsbarkeit bis zur Revolution wird man kaum sprechen können, wohl aber von einer qualitativen Veränderung, für welche die Einwirkung des Staates, aber auch die Interessen der Gerichtsherren und schließlich zumindest partiell die Einstellung der Gerichtseingesessenen verantwortlich waren. Die Gerichtsbarkeit hatte sich in mancher Hinsicht aus dem Komplex der gutsherrlichen Gerechtsame gelöst und verselbständigt. Vor allem in den großen Gerichtsbezirken waren moderne Gerichte entstanden, die viele zivilgerichtliche Angelegenheiten der Eingesessenen zu deren relativer Zufriedenheit erledigten. Es blieben allerdings zwei Faktoren bestehen, die die vollständige Akzeptanz der Patrimonialgerichtsbarkeit im Vormärz verhinderten: Einmal konnten sich die Justizbehörden nicht mit der im Vergleich zu den staatlichen Gerichten weniger intensiven Strafverfolgung abfinden. Zum anderen stieß das Recht der Gerichtsherren, ihre Eingesessenen bei den eigenen Gerichten zu belangen, auf die Ablehnung der Bevölkerung. Diese Blockaden einer vollständigen Modernisierung der Gerichte konnten erst in der Revolution beseitigt werden, als das Staatsministerium die Schwäche der alten Mächte noch im Laufe des Jahres 1848 für die Abschaffungspläne nutzte.

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem 200jährigen Jubiläum des Allgemeinen Landrechts 1994 hat die Frage nach der Entwicklung Preußens zum Rechtsstaat erneut Konjunktur. Legt man den Begriff des Rechtsstaats eng aus – im Sinne der liberalen Justiztheorie des späteren 19. Jahrhunderts als Entwicklung einer unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit, die dem Bürger den Rechtsweg gegen Maßnahmen des Staates, dessen »legitime physische Gewalt-samkeit«, eröffnete –, dann hat die Geschichte der Patrimonialgerichtsbarkeit

zu dieser Debatte freilich wenig beizutragen.⁸ Hält man dagegen an dem historisch älteren, weiten, verfassungsrechtlichen Rechtsstaatsbegriff fest, in dem sich die politisch-soziale Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft durch Gesetzesbindung, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte, Rechtsgleichheit und Sicherung der Grundrechte konkretisiert, kann aus der Perspektive der Patrimonialgerichte, ihrer Verfassung und ihrer Verwaltung, aber auch ihrer Praxis viel zu einer Sozialgeschichte des Rechtsstaats beigetragen werden.⁹ Das Konzept vom Rechtsstaat zielte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf eine – liberale – Parteinahme für »politische Freiheitsrechte, aktive Bürgerbeteiligung und materiale Gleichheit«, und in diesem Zusammenhang wurde auch die Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit in den Katalog der rechtspolitischen Forderungen aufgenommen.¹⁰

Die vorliegende Arbeit untersucht die Geschichte der Patrimonialgerichtsbarkeit in Preußen in der heuristischen Unterscheidung von drei Dimensionen. Die erste Dimension umfaßt den Bereich von Politik, Verwaltung und Verfassung. Die Patrimonialgerichtsbarkeit wird in den Kontext eines säkularen Prozesses der Staatsbildung gestellt, in dem die Entmachtung der ständischen Rechteinhaber traditionell ein zentrales Thema darstellt. Bevor man allerdings den Staatsbildungsprozeß des preußischen Justiz-, Rechts- oder Verfassungsstaates erkunden kann, ist es sinnvoll, sich über den solchen Ausführungen zugrundeliegenden Staatsbegriff zu verständigen. In Max Webers Definition spielen Begriffe wie Anstalt oder Betrieb eine zentrale Rolle, die Formalität, Bürokratie, Ordnung und Hierarchie betonen. Im »Anstaltsbetrieb« basiert nahezu jede Handlung auf rationaler Entscheidung, die »gesetzte Ordnung« tritt an die Stelle der älteren Eigenrechte der »Staatsangehörigen.«¹¹ Webers Definition enthält grundlegende Elemente eines modernen Staatsbegriffs. Aber im folgenden wird deutlich, daß die Perspektive zu einseitig vom Staat aus gewählt ist. Ob im Weberschen Begriff immer noch Hegels Einfluß deutlich wird oder nicht: Der Staat bildet sich auch unter aktiver Beteiligung seiner Untertanen, Einwohner oder Bürger, und das nicht erst dann, wenn politische Partizipationsrechte diese Teilhabe in moderner Weise institutionalisieren. Auf die Beteiligung der Stände an den Staatsbildungsprozessen in den deutschen Territorien,

8 Vgl. *Mohl*, Polizeiwissenschaft; die Definition des Staates im Hinblick auf legitime physische Gewalt bei *Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 821f.

9 Vgl. *Huber*, *Rechtsstaat*, S. 253; *Böckenförde*, *Entstehung. Für Hintze*, *Preußens Entwicklung*, S. 108, S. 160f., konnte »Rechtsstaat« im 18. Jahrhundert bloß heißen »Realisierung der Rechtsidee in den Verwaltungs- wie in den Justizbehörden«. Davon unterschied Hintze einen »Rechtsstaat neuen Stils«, der im wesentlichen durch eine unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit gekennzeichnet war. Zusammenfassung der Debatte, die in vieler Hinsicht um Definitionsprobleme von Gesetzes-, Rechts- und Verfassungsstaat kreist, bei *Vierhaus*, *Landrecht*.

10 *Stolleis*, *Rechtsstaat*, S. 371.

11 *Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 29: »Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen.« Vgl. ebd., S. 821f.

die allerdings immer auch außenpolitisch verstanden werden müssen, hat nicht zuletzt Otto Hintze nachdrücklich hingewiesen. In diesem Sinn hat aber auch der säkulare Prozeß der inneren Staatsbildung mindestens zwei Seiten, zumal wenn man bedenkt, daß sich die Vertreter des Staates noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelegentlich als Patrimonialherrschaft verstanden, etwa in bezug auf die Gerichtsherrschaft des Königs auf den Domänen.¹²

Das dialektische Modell des Staatsbildungsprozesses bedeutet für dieses Vorhaben, daß weniger Gewicht auf die Entstehungszusammenhänge von Gesetzen und Verwaltungsanordnungen, die die Patrimonialgerichtsbarkeit verändern sollten, gelegt wird. Die Interpretation von Reformen von oben wird allzuoft auch forschungsstrategisch auf eine Überbetonung der Personen der Reformer und ihres Geistes verkürzt. Stattdessen sollen im folgenden die Wirkungen des bürokratisch initiierten Verwaltungsrechts im Vordergrund stehen. Neben der Bürokratie erhält damit auch die Gesellschaft, in diesem Fall die Gerichtsherren und die ländlichen Gerichtseingesessenen, ihr Eigengewicht für eine im buchstäblichen Sinne als Prozeß sich vollziehende innere Staatsbildung.

Der zweite Teil der Arbeit untersucht den Zusammenhang zwischen der Gerichtsverfassung und den sozialen Beziehungen der ländlichen Gesellschaft. Im Gegensatz zur Mehrzahl der vorliegenden Arbeiten über die ländliche Gesellschaft in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert, die sich mit der ökonomischen Lage und Entwicklung der verschiedenen Gruppen der Landbevölkerung, mit Gutsherren, Bauern und Tagelöhnern, beschäftigen, wird hier versucht, wirtschaftliche Bedingungen und sozialen Wandel im Medium von Rechtsgeschäften nachzuvollziehen. Gerichtsrechte und grundherrliche Rechte waren noch im 18. Jahrhundert schwer zu trennen. Rechtsprechung verursachte immer auch Kosten; und schließlich waren für die Verwaltung von Besitz rechtliche Formalitäten unverzichtbar. Die Ergebnisse einer Untersuchung der Patrimonialgerichtsbarkeit in ökonomischer Perspektive leisten insofern einen Beitrag zur Geschichte der sozialen Beziehungen auf dem Lande, als die ökonomische Dimension jedes Rechtsaktes immer eine Übertragung von materiellen Ressourcen bedeutete, selbst wenn es sich bloß um eine Geldstrafe von zwanzig Silbergroschen wegen Beleidigung handelte.¹³

Die Thematisierung ländlichen Wirtschaftens verweist auf die zentrale Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft: das Eigentum. Konflikte um Besitz bzw.

12 Vgl. *Hintze*, Staatenbildung und Verfassungsentwicklung, S. 46. Hintzes Definition des Staates als »denjenigen Zustand oder diejenige Verfassung eines Gemeinwesens, wodurch dieses befähigt wird, einen gemeinsamen Willen und ein gemeinsames Handeln, also auch gemeinsame Kraftleistungen hervorzubringen« (Wesen und Wandlung des modernen Staates, S. 471), akzentuiert zwar die Seite der Exekutive und der Macht, läßt aber deutlich werden, daß Willen und Handeln eine Grundlage in der »Gemeinsamkeit« haben.

13 Vgl. die grundlegenden Arbeiten zur Ökonomie der Gutsherrschaftsgesellschaft von *Harnisch*, *Boitzenburg*, und *ders.*, *Agrarreform*.

um materielle Ansprüche verursachten einen Großteil der zivilrechtlichen Auseinandersetzungen, die vor den Patrimonialgerichten ausgetragen wurden. Die Analyse von Eigentumskonflikten und -delikten zeigt distinkte soziale Beziehungsgeflechte: Es waren jeweils unterschiedliche soziale Gruppen auf unterschiedliche Weise betroffen. Für Frauen und Männer lassen sich ebenfalls verschiedene Muster des Erscheinens vor Gericht bzw. der Beteiligung an den vor Gericht abgemachten Rechtsgeschäften dokumentieren. Dabei zeigt sich deutlich, daß Frauen an der Expansion der Gerichtsgeschäfte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht beteiligt waren. Ihre Präsenz vor den Gerichten, die als Foren der bürgerlichen Gesellschaft viele Funktionen bündelten, nahm weiter ab.¹⁴

Der dritte systematische Teil ist mit dem Begriff der Rechtskultur überschrieben. In diesem Abschnitt kann es nicht darum gehen, die Totalität europäischer Rechtskultur im Sinne Franz Wieackers zu thematisieren, unter die man auch manche der in den ersten Abschnitten über Staatsbildung und Politik bzw. Ökonomie und soziale Beziehungen behandelten Entwicklungen zählen müßte. Im folgenden steht vielmehr im engeren Sinn die soziokulturelle Praxis des Rechts in der ländlichen Gesellschaft im Mittelpunkt. Es wird nach dem Rechtsverständnis der sozialen Gruppen gefragt, nach ihren Unterscheidungen von Recht und Unrecht besonders im Hinblick auf die privaten Gerichte, mit und gegen die sie ihre Interessen zu vertreten hatten. In diesem Zusammenhang werden auch die Akzeptanz der Rechtsprechung, das Zeugenverhalten oder die Bedeutung des Eides wichtig. In der ländlichen Rechtskultur des 19. Jahrhunderts, läßt sich die These zusammenfassen, verfestigten sich die Institutionen und mit ihnen Zeiten und Räume der Rechtsprechung. Gerichtstage fanden wesentlich regelmäßiger statt als im 18. Jahrhundert; der Ablauf orientierte sich mehr an den Erfordernissen bürokratischer Geschäftsabwicklung. Zumindest die größeren Patrimonialgerichte näherten sich in ihrer materiellen Ausstattung den staatlichen Gerichten an. Auf der anderen Seite erlaubte ein sukzessive rechtsstaatlicheres Verfahren vielen Angeklagten und Zeugen eine neue Flexibilität im Prozeß. Das Gerichtsverfahren wurde weniger als verkündeter Richtspruch wahrgenommen, stattdessen begriffen viele Beteiligte die Gerichte als Medien für die Durchsetzung der eigenen Interessen, die Prozesse als prinzipiell offen und beeinflussbar. Der Verfestigung der Institutionen entsprach also zumindest partiell auch ein erweiterter Handlungsspielraum für die Beteiligten, die sich nun über die erfolgsversprechendste Prozeßtaktik Gedanken machen konnten.¹⁵

14 Vgl. bisher vor allem die Forschung zu Frauen vor den Gerichten der Frühen Neuzeit, z. B. Gleixner, »Mensch«; Ulbricht, Kindsmord; die Aufsätze in Blauert/Schwerhoff.

15 Vgl. zum Begriff *Wieacker*, Voraussetzungen. Zum systemtheoretischen Ansatz vgl. Luhmann, Recht. Vgl. auch zu der Debatte um eine »neue Kulturgeschichte«, die an die Kategorien »Erfahrung« und »kollektive Deutung« in gesellschaftsgeschichtlicher Absicht anknüpft, Daniel, »Kultur«.

Für einen neuen oder erneuerten Mythos Preußen gibt es keinen Bedarf. Preußen muß nicht wieder chic werden, man sollte es auch weiterhin ohne Goldrähmchen betrachten. Ebenso wenig angebracht sind aber undifferenzierte Verdammungsurteile, sei es über Preußen insgesamt, sei es über die Junker im besonderen. In dieser Arbeit wird noch einmal Zweifel an der einflußreichen Interpretation Hans Rosenbergs angemeldet, der die deutsche Katastrophe von 1933 in der Geschichte des Militär- und Beamtenstaats Preußen wurzeln sah. Rosenberg argumentierte, daß die Junker spätestens seit dem 17. Jahrhundert unter dem Signum der absoluten Monarchie eine harte und gewaltsame Klassenherrschaft errichtet hätten. Aus dieser Perspektive fungierten der preußische Staat und die Monarchie bloß als Werkzeug einer sämtliche gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Herrschaft der ostelbischen Rittergutsbesitzersklasse. Zwar kann es an der moralischen Berechtigung und politischen Notwendigkeit einer solchen Interpretation der preußischen Geschichte kurze Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kaum Zweifel geben. Eine Entmythologisierung der Vorstellung, Preußen-Deutschland sei zur Weltmacht berufen, wie sie seit den Jahren des Kaiserreichs Politik, Wirtschaft und Kultur in Deutschland bestimmt hatte, stand damals vollkommen zu Recht auf der historiographischen Tagesordnung.¹⁶

Trotzdem gilt es bereits seit längerem und für die Zukunft, die preußische Geschichte differenzierter zu betrachten. In letzter Zeit ist dazu mit den Königsbiographien Friedrich Wilhelms III. und Friedrich Wilhelms IV. ein wichtiger Schritt getan worden. Die Interaktion zwischen dem Monarchen als dem Zentrum der politischen Sphäre sowie den Interessen und Forderungen der Gesellschaft findet dabei verstärkt Berücksichtigung. Auch der lange vernachlässigte preußische Adel erfährt mit der Konjunktur der Adelforschung insgesamt ein wieder erwachtes Interesse. Wolfgang Neugebauer hat jüngst die ständisch-partizipatorischen Traditionen der Provinz Preußen wieder ins Bewußtsein gerückt. Insgesamt wird den regionalen Unterschieden größere Beachtung geschenkt: Für das Rechtssystem im 19. Jahrhundert kann der Unterschied zwischen den landrechtlichen Provinzen einerseits und der Rheinprovinz, die den Code Civil als Rheinisches Recht verteidigte, kaum überbewertet werden.¹⁷

Gerade im Hinblick auf die Herrschaft der Junkerklasse soll die Geschichte der für die Gutsherrschaft zentralen Gerichtsrechte Aufschluß geben sowohl über das Verhältnis zwischen Staat und Gutsbesitzern als auch zur Herrschaft

16 Vgl. *Rosenberg*, Bureaucracy; *Wehler*, Preußen ist wieder chic; *Bowman*; *Carsten*, Prussian Junkers; skeptisch bereits *Hagen*, Descent of the »Sonderweg«.

17 Vgl. *Stamm-Kuhlmann*, Friedrich Wilhelm III.; *Blasius*, Friedrich Wilhelm IV.; *Barclay*, Anarchie; zur Adelforschung vgl. hier nur *Reif*, Adelspolitik; *Neugebauer*, Wandel; *Blasius*, Geschworenengerichte; *Faber*, Recht; *Schubert*, Französisches Recht. Paradigmatisch *Fehrenbach*, Gesellschaft.

18 Vgl. *Koselleck*, Preußen; *Berdahl*, Politics.

über die ländliche Bevölkerung. Dabei wird deutlich, daß der Staat als bloßer Erfüllungsgehilfe oder Handlanger der Rittergutsbesitzer nicht angemessen zu begreifen ist. Die Analyse der sozialen Trägerschichten allein, so wichtig sie ist, greift hier zu kurz. Die Verhältnisse waren viel komplizierter, mehrdeutiger, so daß es auch heute schwierig bleibt, eine eindeutige, in sich konsistente Interpretation des Verhältnisses von Recht und Staat im Gutsbezirk vorzulegen. Weder konkretisierte sich Preußen allein in seinen Beamten, diese bildeten – realgeschichtlich – auch nicht einen im Hegelschen Sinne allgemeinen Stand, in dem sich die verschiedenen Interessen der Einwohner idealiter aufhoben. Wenn Max Weber den Staat eine »gedankliche Vorstellung« nannte, meint das im Zusammenhang mit der Geschichte der privaten Gerichtsrechte zu wenig, ihn zur metaphysischen letzten Bezugsgröße zu stilisieren, scheint andererseits bei weitem zu viel. Die Auseinandersetzung um die Verstaatlichung der Gerichtsrechte zeigt vielmehr einen Staat, personalisiert in der sozialen Trägerschicht der Beamten, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf dem Verwaltungswege einen Zugewinn an Autonomie als Handlungsträger erreichte. Aber auch dieser Prozeß blieb ambivalent: Während sich der Justizminister und die Richter der Obergerichte permanent für den Ausbau der staatlichen Justizhoheit einsetzten, erwachsen ihnen nicht bloß in den Provinziallandtagen, sondern auch im Innenministerium oder einzelnen Oberlandesgerichten mächtige Gegner. Der Staat ging nicht in seinen Beamten auf, weder in den zumindest teilweise gescheiterten Reformern noch in den Verteidigern eines verfassungsrechtlichen Status quo.¹⁸

Im Jahrzehnte andauernden Bemühen der staatlichen Instanzen um mehr Einfluß bei den Privatgerichten überkreuzten sich grundlegende Probleme im Verhältnis von Recht und Staat. Wenn es für die Verwirklichung des Rechtsstaates galt, die Unabhängigkeit der Gerichte durchzusetzen, bedeutete das für die Patrimonialgerichte zunächst einmal: Unabhängigkeit vom Einfluß des Gerichtsherrn. Für die bürgerliche Gesellschaft ergab sich ein Paradox: Nicht ein allmächtiger Polizeistaat, sondern das der politisch-sozialen Ordnung zugrundeliegende Recht des privaten Eigentums stand dem liberalen Rechtsverständnis im Weg. Wenn man so will, erhielt das Prinzip formaler Gleichheit Vorrang vor einem Eigentumsrecht, das sozial freilich in der Feudalität wurzelte.

Die Geschichte der Patrimonialgerichtsbarkeit hat Teil an einer Geschichte des Verhältnisses zwischen Adel und Bürgertum, nicht bloß in Preußen, sondern in der Mehrzahl der deutschen Staaten. Man muß kaum noch hervorheben, daß sich dieses vielschichtige Verhältnis während der klassischen Umbauphase von der Stände- zur Klassengesellschaft nicht eindimensional deuten läßt. Im Untersuchungszeitraum nahm der Anteil nichtadliger Rittergutsbesitzer in Preußen deutlich zu, so daß in manchen Regionen nicht mehr von einer

19 Vgl. *Fehrenbach*, Scheitern; die Aufsätze in dies., Adel und Bürgertum.

zahlenmäßigen Überlegenheit adliger Gerichtsherren gesprochen werden konnte. Gleichwohl blieben die größten Güter in der Hand des Adels, der insofern ein bemerkenswertes Beharrungsvermögen als lokale Elite demonstrierte. Man kann aus dieser Entwicklung Argumente für die von der Forschung schon beinahe zu den Akten gelegte Feudalisierungsthese gewinnen, etwa wenn man beobachtet, wie gerade nichtadlige Besitzer versuchten, das Patrimonialgericht zur Durchsetzung ihrer gutsherrschaftlichen Interessen zu nutzen. Umgekehrt gibt es aber auch Anhaltspunkte für den wachsenden Stellenwert bürgerlicher Prinzipien: Die Mehrheit der adligen Gerichtsherren blieb lebhaft an der individuellen Verfügungsgewalt über die Gerichtsrechte interessiert. Die Behauptung des »alten Rechts« wandelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Anspruch auf ein »nutzbares Recht«, über das der einzelne Gerichtsherr individuell – unter Einschluß der Möglichkeit zur Abtretung an den Staat – zu verfügen wünschte.¹⁹

Solche Thesen dieser Arbeit berühren die zentrale Frage nach dem Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft zu ihrem Recht. Es ist inzwischen kaum noch umstritten, daß es sich bei diesem Verhältnis nur um ein komplexes Beziehungsgefüge handeln kann, in dem gegenseitige Einflüsse in unterschiedlichen historischen Konstellationen wirken. Weder bedingt die Gesellschaft einseitig das Recht noch bedingt umgekehrt das Recht die gesellschaftliche Entwicklung. Empirisch sind auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Recht und Gesellschaft immer nur Teilantworten für je spezifische Gegenstandsbereiche möglich. Für einzelne Aspekte einer solchen Fragestellung liegen im übrigen bereits Antworten vor: Falls man unter Recht primär eine Kodifikation verstehen will, liefert das Allgemeine Landrecht genügend Material für die These, daß das kodifizierte *ius commune* unter naturrechtlichem Einfluß in vielen Passagen den Versuch einer rechtlichen Konservierung ständischer Ungleichheit darstellte, gleichwohl in der sich wandelnden sozialen Wirklichkeit aber deutlich darüber hinaus wies.²⁰

Für die Patrimonialgerichtsbarkeit kann man in diesem Zusammenhang die Frage stellen, wie eine Gesellschaft, in welcher der Abbau von Privilegien und die Zunahme von Gleichheit an Bedeutung gewannen, mit dem institutionellen Relikt der Feudalgesellschaft umging. Die klassische Antwort deutet die Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit in Preußen und in vielen anderen deutschen Staaten – allerdings nicht in allen – als einen der wenigen bürgerlichen Erfolge der im wesentlichen gescheiterten Revolution von 1848/49.²¹

20 Vgl. *Stolleis, Aufgaben*, S. 264: »Rechtsnormen sind Produkte tiefverzweigter Kommunikationsprozesse und Interaktionen der Gesellschaft, und sie wirken dauernd auf diese zurück.« Vgl. *Grimm, Rechtswissenschaft*.

21 Vgl. *Wehler, Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, S. 776. In Teilen Sachsens und in Mecklenburg blieb die Patrimonialgerichtsbarkeit über die Revolution hinaus erhalten; auf der anderen Seite

Damit wird eine Seite der bürgerlichen Prinzipien, welche die Gleichheit aller Staatsbürger und den Abbau von Privilegien umfaßt, in den Vordergrund gerückt. Die Interpretation der Patrimonialgerichtsbarkeit erfolgt im Kontext des Umgangs mit traditionellen Adelsrechten.²²

Die Bedeutung der Patrimonialgerichte aber geht nicht allein in diesem historischen Zusammenhang auf. Die Gegenwart der Patrimonialgerichtsbarkeit im Vormärz hatte auch andere Seiten. Abgesehen davon, daß die beinahe ein Jahrhundert dauernde Geschichte der Abschaffung der Privatjustiz in sämtlichen deutschen Staaten zu einiger Skepsis gegenüber der Deutung als revolutionärer Erfolg Anlaß gibt, wird in dieser Arbeit gezeigt, wie sich ein grundlegender Wandel der Privatgerichtsbarkeit zwischen dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und der Revolution vollzog. Aus der gutsherrlichen Verwaltungsinstanz, die auch die Rechtsprechung durch gutsherrliche Beamte umfaßte, wurden tendenziell moderne Gerichte, die sich zumindest partiell von der Gutsherrschaft emanzipiert hatten. Freilich blieb dieser Prozeß ambivalent, solange die Angleichung an staatliche Gerichte nicht vollständig sein konnte. Aus der Perspektive der Gerichte erscheint die Abschaffung der Privatjustiz dennoch weniger als ein bürgerlicher und eher als ein staatlicher Erfolg. Zwar teilten die liberale Vormärzöffentlichkeit und die Trägerschichten der Revolution die staatlichen Bestrebungen nach Durchsetzung der Justizhoheit, einer umstandslosen Forderung nach Abschaffung der Patrimonialjustiz stand aber ein anderes grundlegendes bürgerliches Prinzip, der Schutz des privaten Eigentums, im Wege. Das Verlangen nach »Privatautonomie« überkreuzte sich in der Frage der Gerichtsrechte mit dem Prinzip der Monopolisierung der öffentlichen Gewalt durch den Staat. Dieser Schutz des Privateigentums erforderte aus der Perspektive der bürgerlichen Gesellschaft zumindest das Einverständnis der betroffenen Gerichtsherren mit einer Abschaffung und gegebenenfalls eine finanzielle Entschädigung.

Die Forderung nach Abschaffung der Patrimonialjustiz in der Revolution, die sich besonders in Schlesien artikulierte, kam der Staatsführung entgegen, die in etatistischer Manier die Justizhoheit durchsetzen und die Mängel der zersplitterten Gerichtsverwaltung auf dem Lande beseitigen wollte. In der Revolution bestand die Möglichkeit, den Widerstand Friedrich Wilhelms IV. gegen eine Abschaffung beiseite zu schieben. Bezeichnenderweise wurde die Aufhebung der Patrimonialjustiz am 2. Januar 1849, also zu einem Zeitpunkt verfügt, als die Gegenrevolution in Preußen bereits das Übergewicht gewonnen hatte. Das Ministerium Brandenburg – Manteuffel sah aber ebensowenig

war sie in Baden und Württemberg bereits Jahrzehnte vorher praktisch nicht mehr existent. Zum Gegensatz von ständischem und bürgerlichem Recht vgl. *Grimm*, Bürgerlichkeit.

22 Vgl. *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, 1800–1866, S. 675.

wie seine revolutionären Vorgänger Anlaß, auf die Neuorganisation der Gerichte zu verzichten.

Die Ambivalenz einer Bürgerlichkeit, die das Gleichheitsprinzip im Recht stärker betonte und die Möglichkeit privater Gerichtsherrschaft preisgab, führte zur Stärkung des Staates. Das war nicht zuletzt an der Zusammensetzung der neuen Geschworenengerichte ablesbar, deren Mitglieder durch die Staatsbehörden bestimmt wurden. Zur Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit gab es zwar keine rechtsstaatliche Alternative. Im Zusammenhang mit der so häufig diagnostizierten Schwäche des deutschen Bürgertums gibt es aber zu denken, daß die bürgerliche Gesellschaft, und es waren ja viele nichtadlige Gerichtsherren und die bürgerlichen Richter beteiligt gewesen, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur noch als staatlicher Amtsträger an der Gerichtsverwaltung teilnahm.

Für die Gerichtseingesessenen, deren Gleichstellung als unmittelbare Staatsbürger ein erstrebenswertes Ziel dargestellt hatte, waren die Auswirkungen der Abschaffung ebenfalls ambivalent. Zwar konnte es nun nicht mehr zu Klagen des Gerichtsherrn gegen seine Eingesessenen vor dem eigenen Gericht kommen, aber das Problem der »Klassenjustiz« bestand offensichtlich fort. Zudem äußerte die Bevölkerung Unzufriedenheit mit der neuen zentralisierten Gerichtsorganisation, die weitere Wege und höhere Kosten verursachte. Die Gerichtsverfassung hatte offensichtlich weiterhin mit Kommunikationsproblemen zu kämpfen, die das Rechtsverständnis der Bürger nicht unwesentlich beeinflussen.

Die vorliegende Arbeit ist im Schnittpunkt von Rechtsgeschichte und Sozialgeschichte angesiedelt. Das Verhältnis zwischen beiden Disziplinen befindet sich zur Zeit in einem grundlegenden Transformationsprozeß, der von gegenseitiger Annäherung gekennzeichnet ist. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Rechtsgeschichte als rechtswissenschaftliche Disziplin verstärkt der Sozialgeschichte der Ideen des Rechts gewidmet. Besonders für die Frühe Neuzeit ist viel über die Geschichte der Juristen gearbeitet worden, und schließlich boten und bieten die großen Kodifikationen, das Allgemeine Landrecht, der Code Civil und das Bürgerliche Gesetzbuch, verstärkt Ansatzpunkte zur Reflexion des Verhältnisses zwischen Recht und Gesellschaft.²³ Das Reichskammergericht erhält im Zuge einer positiven Bewertung des Alten Reiches eine neue Bedeutung. Auf der anderen Seite hat die Sozialgeschichte die Rechtspraxis vor allem frühneuzeitlicher Gerichte verstärkt in den Mittelpunkt gestellt, und durch die historische Kriminalitätsforschung sind Kapitalverbrechen und Alltagskriminalität vielfach in den Blickpunkt gerückt.²⁴ Anregungen der histori-

23 Vgl. *Stolleis*, Öffentliches Recht; *Dilcher*, Kodifikation; *Dölemeyer/Mohnhaupt*, Allgemeines Landrecht; *Ebel*, Gemeinwohl.

24 Vgl. die Literaturberichte von *Härter* und *Eibach*; zahlreiche Aufsätze in *Gerhard*, Frauen. Anregung kam hier v.a. aus der angelsächsischen Forschung.

sehen Kriminologie, die abweichendes Verhalten und Delinquenz, aber auch Konzepte von Ehre näher in den Blick nimmt, sind in die vorliegende Untersuchung in vielfacher Weise eingeflossen. Demgegenüber kann für das 19. Jahrhundert noch nicht von einem neuen Boom der Erforschung des Rechts und seiner Institutionen gesprochen werden. Allerdings hat Christina v. Hodenberg kürzlich eine Sozialgeschichte der preußischen Richterschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgelegt. Im übrigen sind für Preußen immer noch die Arbeiten von Dirk Blasius hervorzuheben.²⁵

Die folgenden Darlegungen beruhen nahezu ausschließlich auf unveröffentlichten Archivalien. Für den Zeitraum von 1808 bis zur Revolution 1848/49 sind die Akten des Justizministeriums über die Verwaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit vollständig erhalten (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem, früher Merseburg). Bestände des Innenministeriums und des Zivilkabinetts lieferten wichtige Ergänzungen. Der Zugriff auf Unterlagen einzelner Patrimonialgerichte, besonders auf Verwaltungs- und Prozeßakten, erfolgte über erhaltene Gutsarchive. Die Bestände im Geheimen Staatsarchiv in Berlin, im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (für die Provinz Brandenburg), im Archivum Panstwowe Wroclaw (Staatsarchiv Breslau, für Schlesien) und im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Außenstelle Wernigerode (für die Provinz Sachsen) sind von unterschiedlicher Qualität und Quantität. Von Vollständigkeit der Überlieferung kann hier in keinem Fall ausgegangen werden. Die Unterlagen der Oberlandesgerichte bzw. des Kammergerichts zur Verwaltung der Patrimonialgerichte ließen sich nicht mehr auffinden. Kassationen bereits im 19. Jahrhundert und die Kriegszerstörungen haben hier zu großen Verlusten geführt.²⁶

Die unveröffentlichten Quellen werden durch zahlreiche Flugschriften, Abhandlungen und Zeitungsartikel ergänzt, die vor allem von Juristen und Gerichtsherren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit einem für Preußen besonderen Schwerpunkt in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, verfaßt worden sind. Die Schriften repräsentieren die Ansichten betroffener Gerichtsherren sowie mancher Patrimonialrichter im Spannungsfeld von konservativer Rechtswahrung, Etatismus und bürgerlich-liberaler Verfassungskritik. Die öffentliche Debatte um die Patrimonialgerichtsbarkeit blieb dabei nicht auf Preußen beschränkt. Besonders im Königreich Sachsen wurde intensiv über die Vorzüge und Mängel der Patrimonialgerichte diskutiert. Die publizierten

25 Vgl. v.Hodenberg, Partei; Blasius, Gesellschaft, sowie zahlreiche Aufsätze; Schulte, Dorf. Zum Konzept von Ehre vgl. Freven, Ehrenmänner.

26 Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ist der Bestand an Patrimonialgerichtsakten zum größten Teil im Krieg vernichtet worden. Im Verlauf der Arbeit hat sich allerdings herausgestellt, daß es sich bei diesen Akten hauptsächlich um Grundakten und Hypothekenbücher handelte, also um Unterlagen, die in unserem Zusammenhang nur eine geringe Rolle spielen.

stische Aktivität war hier bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts außerordentlich groß, und in den folgenden Jahrzehnten setzte sie sich weiter fort, häufig im Zusammenhang mit Landtagssitzungen, auf denen das Thema zur Debatte stand. Diese Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit zeigen jedoch, daß eine allgemeine, für sämtliche deutschen Staaten geltende Grundsatzdebatte über das Für und Wider der Patrimonialgerichtsbarkeit an der Verschiedenheit der Bedingungen in den Einzelstaaten scheiterte. Der Diskurs wies kaum über die Partikularität des einzelstaatlichen Verwaltungsrechts hinaus.²⁷

Obwohl der Patrimonialgerichtsbarkeit in nahezu jeder Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte von der Frühen Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert eine hohe Bedeutung zugemessen wird, fehlen monographische Abhandlungen beinahe vollständig. Sabine Werthmanns rechtsgeschichtliche Dissertation behandelt die öffentliche Debatte über die Patrimonialgerichtsbarkeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für zahlreiche deutsche Staaten auf der Grundlage des Tagesschrifttums bzw. der juristischen Debatte in den Fachzeitschriften. Die Untersuchung Willi Boelckes über die Patrimonialgerichte in der Kurmark im 18. Jahrhundert ist unveröffentlicht geblieben. In der hochentwickelten DDR-Agrargeschichtsforschung hat die Patrimonialgerichtsbarkeit als ein Element des »außerökonomischen Zwangs«, der im Gutsbezirk auf die Einwohner wirkte, zwar eine Rolle gespielt, ihre Bewertung als brutales Unterdrückungsinstrument ließ aber offensichtlich eine ausführlichere Behandlung des Themas nicht dringlich erscheinen. Auch die älteren Werke zur preußischen Rechtsgeschichte behandeln die Privatjustiz nicht ausführlich.²⁸ Für die Zeit bis ca. 1760 wurden Prozeßakten der Patrimonialgerichte in den letzten Jahren allerdings verstärkt genutzt, um die ländliche Gesellschaft hinsichtlich ihrer Mechanismen der Konfliktregelung und des Interessenausgleichs zu studieren. Für Schlesien bleiben die Arbeiten Johannes Ziekurschs aus dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wichtig, der große, heute nicht mehr vorhandene Aktenbestände einsehen konnte.²⁹ Reinhart Koselleck und Dirk Blasius haben dem Thema in ihren Arbeiten zur preußischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte einerseits, zur Rechts- und Justizgeschichte andererseits, die in der jüngeren Zeit ausführlichsten Darlegungen gewidmet.³⁰

Die Frage nach den Mitteln und Wegen der preußischen Staatsbildung, nach den vielfältigen Zusammenhängen von Rechtssystem, Justizpolitik, sozialen

27 Vgl. die Bibliographie in *Werthmann*, Patrimonialgerichtsbarkeit.

28 Vgl. ebd., *Boelcke*, Patrimonialgerichtsbarkeit (Manuskript, einzusehen im BLHA Potsdam). In den Arbeiten Helmut Bleibers über die Verhältnisse in Schlesien wird die Patrimonialgerichtsbarkeit allerdings vergleichsweise ausführlich behandelt. Vgl. die älteren Rechtsgeschichten, z. B. *Stoelzel*, Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 513; S. 607f.; *Bornhak*, Verwaltungsrecht, Bd. 3, S. 127f.; *Conrad*, Rechtsgeschichte.

29 Vgl. z. B. *Gleixner*, »Mensch«; *Peters*, Gutsherrschaft; *Enders*, Uckermark; *Ziekursch*, Agrargeschichte.

30 Vgl. *Koselleck*, Preußen; *Blasius*, Gesellschaft.

Beziehungen, ländlicher Ökonomie und nach dem sich wandelnden Rechtsverständnis läßt sich nicht allein durch ein mikrohistorisches Vorgehen beantworten. Gerade für die Gutsherrschaft sind in der letzten Zeit wichtige Erkenntnisfortschritte durch sorgfältige Fallstudien einzelner Güter erzielt worden.³¹ Wie man erwarten konnte, ergibt die Zusammenschau der Einzelstudien ein vielfältiges Bild, das zur notwendigen Differenzierung der preußischen Geschichte wertvolle Beiträge leistet. In dieser Arbeit wird der Versuch gemacht, durch das Studium der Rechtsprechung auf einzelnen Gütern eine mikrohistorische Perspektive mit einer Geschichte zu verbinden, die sowohl auf der Ebene des Gesamtstaates als auch der Provinzen angesiedelt ist. Die Patrimonialgerichtsbarkeit fand buchstäblich auf den Gütern oder in der nächstgelegenen Kreisstadt statt, sie war ein lokales Phänomen. Einem muster­gültig verwalteten Gerichtsbezirk direkt benachbart konnte sich ein Bezirk befinden, dessen Richter Nachlässigkeit vorgeworfen wurde, Unterschlagungen begangen hatte und schließlich sogar geflohen war. Aber gleichzeitig sorgte die Staatsverwaltung für eine in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer stärkere gesamtstaatliche Perspektive: Unter Beachtung der provinzialrechtlichen Grundlagen strebte das Justizministerium eine möglichst gleichförmige Verwaltung an, die sich der Zielvorstellung der Rechtsgleichheit implizit annäherte.

Das Wesen der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit bestand in ihrer Komplexität. Rechtliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Faktoren trafen zusammen, und bei der Bestrafung von Bauern wegen Mißachtung der Sonntagsruhe spielte dann auch noch die religiöse Orientierung der Landbevölkerung eine Rolle. Um diese Komplexität zu reduzieren, bediene ich mich des oben entfalteten dreigliedrigen Schemas, das den Zusammenhang anhand der Achsen Politik, soziale Beziehungen und Kultur auflöst. Verglichen mit einer rein chronologischen Vorgehensweise führt das zu einer stärkeren Betonung des Wandels gegenüber der Kontinuität. Im Hinblick auf eine Darstellung, die gegen viele skeptische Stimmen der letzten Jahre wiederum die Erfolge der preußischen Reformen betonen möchte, scheint das gerechtfertigt. Das dreigliedrige Schema wird durch zwei chronologische Kapitel ergänzt: In einem ersten Teil wird die Gerichtsverwaltung vor der Reformzeit, im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, behandelt, das letzte Kapitel schildert die Vorgänge, die zur Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit in Preußen in der Revolution von 1848/49 geführt haben, und den Aufbau der neuen Justizverfassung.

³¹ Vgl. *Peters, Gutsherrschaft; ders., Konflikte und Kontrolle.*

1. Rechtsverständnis und Rechtsprechung in Preußen von ca. 1770 bis 1806

Die Geschichte der Patrimonialgerichtsbarkeit im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts war von einem doppelten Zusammenhang geprägt: »Die der Grundobrigkeit zuständige Gerichtsbarkeit über die Einwohner eines Dorfes«, wie Krünitz in seiner Encyklopädie 1788 definierte, bildete zunächst ein Thema der Justizpolitik des frühneuzeitlichen Staates, der die Wahrung des Rechts und die Gewährleistung einer »prompten und wohlfeilen Justiz« zu seinen vornehmsten – und schwer erfüllbaren – Aufgaben zählte.¹ Die Bestandsaufnahmen, Bewertungen und Reformversuche, die im folgenden näher betrachtet werden sollen, standen aber auch im Kontext einer öffentlichen Debatte über den Adel und seine Rechte, in der sich die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft über die ständische soziale Ordnung und deren Auflösung Gedanken machten. Die Bürgerlichkeit dieser Gesellschaft zeigte sich nun nicht mehr ausschließlich im Sinne der traditionellen »societas civilis« rechtlich bevorzugter Stadtbürger, sondern zunehmend auch in der modernen Bedeutung von rechtlich gleichgestellten Staatsbürgern. Die *prinzipiellen* Überlegungen zum Thema Adelsrechte, und hier waren nicht allein die Patrimonialgerichtsbarkeit, sondern die politische Bevorrechtigung, das Patronat, Jagdrechte etc. gemeint, trafen auf die intensiven Bemühungen der Bürokratie, allseits beklagte *praktische* Mängel der Justizverfassung zu beheben. Diese Ausgangskonstellation für die bis zur Revolution 1848/49 dauernde Kontroverse über die Patrimonialgerichtsbarkeit verwob politische, ökonomische und rechtskulturelle Faktoren miteinander. Erst mit den Reformen in Preußen, die im Bereich der Privatjustiz durch eine segmentierte, kleinschrittige Vorgehensweise gekennzeichnet waren, differenzierten sich die verschiedenen Dimensionen deutlicher aus.²

In der Debatte über »Preußens Entwicklung zum Rechtsstaat«, die seit Schmoller, Hintze und Dilthey zu einem Grundthema der deutschen Rechtsgeschichte geworden ist, haben, zumindest für das 18. Jahrhundert, bisher vor allem zwei Gesichtspunkte dominiert: Da war erstens die Frage nach der Geset-

1 Krünitz, Encyklopädie, Bd. 17, Brünn 1788, S. 391; zur Geschichte des Öffentlichen Rechts im 18. Jh. vgl. Stolleis, Öffentliches Recht, Bd. 1; zur Lage der Justiz um die Mitte des 18. Jh. vgl. Stölzel, Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 225–228.

2 Vgl. grundsätzlich zum Rechtssystem des Alten Reiches Eisenhardt, Rechtsgeschichte; Hahn, Gerichtspraxis.

zesherrschaft und der Unabhängigkeit der Rechtspflege, eindeutig symbolisiert im Verzicht des Königs auf Machtsprüche und in einer entstehenden Verwaltungsjustiz. Zweitens wurde die Rolle des Allgemeinen Landrechts von 1794 als Meilenstein auf dem Weg zur Sicherung bürgerlicher Grundrechte thematisiert. Auch wenn man in jüngster Zeit die Angemessenheit des Rechtsstaatsbegriffs für das 18. Jahrhundert mit guten Gründen bezweifelt hat, bleibt es sinnvoll, nach den säkularen Entwicklungstendenzen der preußischen Rechtsgeschichte auch für die Situation der Rechtsprechung an der Basis, bei den Untergerichten zu fragen.³ Erst damit eröffnet sich die Möglichkeit, jenseits spektakulärer Fälle einen Einblick in den Justizalltag und in die Konflikte der ländlichen Gesellschaft zu gewinnen.

1.1. Prinzip oder Pragmatismus?

Die Patrimonialgerichtsbarkeit im Kontext staatlicher Justizpolitik und bürgerlicher Adelskritik

In Preußen durchzogen Reformen der Gerichtsverfassung und -verwaltung nahezu das gesamte 18. Jahrhundert. Den wichtigsten Einschnitt in der Gesetzgebung zu den privaten Untergerichten bildeten die Justizreglements von 1781/82 für Ost- und Westpreußen bzw. die Neu- und Kurmark, mit denen Johann Heinrich Casimir v. Carmer, der im Gefolge des in der preußischen Justizgeschichte legendären Müller-Arnold-Falles an die Spitze des Justizdepartments gerückt war, eine umfassende Neuordnung der Justizverwaltung in allen Instanzen begann. Erstmals wandte sich die Bürokratie nicht mehr nur den hohen »königlichen« und den größeren Stadtgerichten, sondern auch den Patrimonialgerichten ausführlich zu. Im ersten Abschnitt des Reglements versicherte die Regierung, es gehe nicht darum »durch die in Ansehung der Patrimonialgerichte vorzunehmende Verbesserungen Dero getreue Vasallen in ihren wohl erworbenen Gerechtsamen im geringsten zu kränken«. Die folgenden Regelungen schienen allerdings, sofern sie sich durchsetzen ließen, geeignet, die Verwaltung der Gerichte langfristig auf eine neue Grundlage zu stellen.⁴ In

3 Vgl. zur Rolle der Justiz im Denken der preußischen Herrscher bis zu Friedrich II. *Merten*, Justiz; *Ogris*. Zur Rechtsstaatsdebatte vgl. vor allem *Hintze*, Entwicklung; *Diltthey*, Landrecht, bes. S. 200f.; *Conrad*, Bestrebungen; *ders.*, Grundlagen, *ders.*, Landrecht; und jetzt *Willoweit*, Bürgerliche Rechte; *Merten*, Rechtsstaatsidee.

4 Reglement wegen künftiger Einrichtung des Justizwesens bei den Ober- und Untergerichten der Kur- und Neumark Brandenburg, 30.11.1782, in: Acta Borussica, Behördenorganisation (im folgenden A.B.B.), Bd. 16/2, S. 760–796, das Zitat S. 762, für das folgende S. 763–770; vgl. *Bornhak*, Verwaltungsrecht, Bd. 2, S. 203f.; *ders.*, Staatsgeschichte, S. 262; *Holtze*, Kammergericht, Teil 3, S. 348–352.

Zukunft sollten nur noch geprüfte Juristen als Justitiare auf den Gütern angestellt werden dürfen, denen statt der Sporteln ein fixes Gehalt zustand; der Justitiar wurde hinsichtlich seiner Tätigkeit der Aufsicht der Landesjustizkollegien unterstellt und sollte nur durch diese Behörden entlassen werden können; schließlich hatten regelmäßige Visitationen die ordnungsgemäße Verwaltung der Patrimonialgerichte zu garantieren. Außer diesen Regelungen, die sich zwar nur langsam, aber langfristig doch tatsächlich umsetzen ließen, enthielt das Reglement noch eine zweite Reformperspektive: Benachbarte Gerichtsherren sollten ihre Gerichtsbezirke freiwillig unter einem gemeinschaftlichen Justitiar zusammenschließen, eine Aufforderung, die in Brandenburg und Preußen auf großen Widerstand der Gerichtsherren stieß.

Die Edikte von 1781/82 zeugten nicht nur hinsichtlich der Patrimonialgerichtsbarkeit für die Zentralisierungs- und Effizienzbemühungen der preußischen Justizpolitik, die seit dem Beginn der Reformen Coccejis im Gesamtgefüge innerer Politik hohe Priorität genossen. Die Probleme, denen sich die Coccejischen und Carmerschen Justizreformen zunächst widmeten, betrafen die extensive Justizverwaltung der Frühen Neuzeit mit ihrer Vielzahl von Gerichten, unklaren Kompetenzen und den großen Unterschieden zwischen einzelnen Verfahren. Die Vielfalt der Appellations- und Revisionsgerichte, Tabak- und Akzisegerichte, Admiralitäts- und Universitätsgerichte, Stadtgerichte und Justizämter stellte die Verwaltung vor große Probleme. Die ersten Reformanstrengungen galten dann auch nicht in erster Linie den Patrimonialgerichten oder Untergerichten generell, sondern zunächst den höheren Instanzen. Die Gründung des Obertribunals und die Einführung des Codex Fridericianus 1747–49 vollzogen einen ersten Schritt. Reformen der Prozeßordnung zur Beschleunigung der Prozesse, Maßnahmen zur Kontrolle der Richter und zur Zurückdrängung des Einflusses der als »schädlich« angesehenen Advokaten folgten.⁵ Die Justizbürokratie arbeitete sich von den Obergerichten herunter zu den Untergerichten: 1764 bis 1770 wurde die Domänenjustiz verstaatlicht. Jeweils mehrere Domänen wurden unter einem »Justizamt« zu einem Gerichtsbezirk zusammengefaßt, und die Domänenpächter verloren das Präsentationsrecht für die Justitiare, die nun als »Justizamtmänner« zu staatlichen Richtern aufstiegen.⁶

5 Vgl. zu den Justizreformen *Stöltzel*, Rechtsverwaltung; *Ogris*; *Neufeld*; u. jetzt *Hattenhauer*, Richter; Quellen zu den Verfahrensreformen 1774–1776 sind abgedruckt in: *Jahrbücher für die Preußische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung*, Bd. 58. 1842, S. 3–60. Visitationsbescheide für die Obergerichte für die Jahre 1768 und 1769, die die Probleme mit dem Prozeßverfahren, den Richtern und Advokaten, dem Registraturwesen etc. schildern in: A.B.B. Bd. 14, S. 591–608.

6 Vgl. zu den Mißständen bei den Untergerichten *Stöltzel*, Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 225; zur Reform der Domänenjustiz den Schriftwechsel zwischen dem König, dem General-Direktorium, dem Großkanzler und dem Minister v. Hagen, 27.–30.12.1769, die Errichtung der Justizämter betr., in: A.B.B., Bd. 15, S. 177–194; allgemein *Fauk*, Domänenjustiz; *Müller*, Domänen.